

blickpunkt bundestag

August 2008 | ISSN 14359146 | G 10624

www.bundestag.de

Perspektivwechsel

Begegnung im Kapitol

Nahaufnahme

Holger Haibach

Streitpunkt

Armut in Deutschland



Inhalt

- 2 Begegnungen**
Termine
- 4 Titel**
Perspektivwechsel
Der US-Abgeordnete Russ Carnahan
- 12 Im Blick**
Mission Missouri
Mit dem Bundestagsstipendium in die USA
- 14 Nahaufnahme**
„Ich werde nach China kommen“
Holger Haibach
- 19 Experten**
Gibt es noch anonyme Geburten, Frau Lenke?
- 20 Ansichtssachen**
Schau an
- 22 Streitpunkt**
Armut in Deutschland
Streitgespräch: Carsten Schneider und Inge Zeller
- 31 Platz der Republik**
„Sie haben mein Wesen erfasst“
Hans Jürgen Kallmann im Kunst-Raum
- 32 Menschen**
Republik auf Rädern
Das Infomobil des Bundestages
- 35 Im Wortlaut**
Wer hat's gesagt?
- 36 Parlamentsgeschichten**
Ausgesprochen familiär
Japan: Kokkai

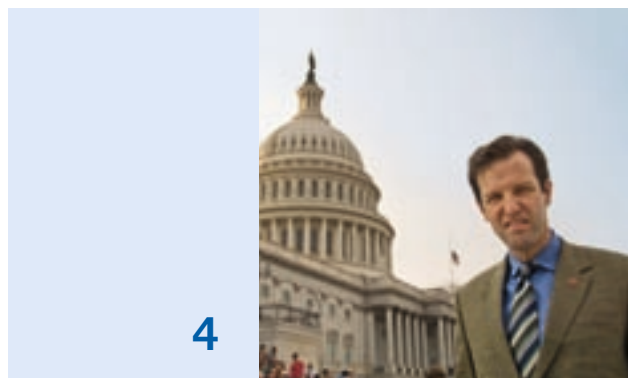


Foto: DBT/Marie Kopcsik

Perspektivwechsel

Der US-Abgeordnete Russ Carnahan ist der künftige Vorsitzende der „Congressional Study Group on Germany“, des US-Pendants zur Parlamentariergruppe des Bundestages. Wie denkt er über gemeinsame Aufgaben, die Zusammenarbeit der Parlamente und den US-Wahlkampf? Ein Besuch im Kapitol in Washington.



Foto: DBT/Rolf Schulten

Menschenrechte

Ob Darfur, Myanmar oder China: Menschenrechtspolitiker brauchen einen langen Atem. Holger Haibach hat sich dieser Aufgabe verschrieben. Der Vorsitzende des interfraktionellen Tibet-Gesprächskreises blickt nicht nur aus sportlichem Interesse auf die Olympischen Spiele in Peking.



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Armut in Deutschland

Ist der Sozialstaat aus der Balance? Im BLICKPUNKT-Streitgespräch diskutieren der SPD-Abgeordnete Carsten Schneider und Inge Zeller, arbeitslose Diplombetriebswirtin und Hartz-IV-Empfängerin.



Dieser Ausgabe von **BLICKPUNKT BUNDESTAG** liegt das **SPEZIAL** „Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz“ bei.



Foto: DBT/Werner Schüring

TROMMELWIRBEL

vor dem Bundestag: Am 64. Jahrestag des gescheiterten Attentats von Wehrmachtsoffizieren auf Adolf Hitler legten 500 Bundeswehrrekruten am 20. Juli ihr öffentliches Gelöbnis ab. Seit 1999 findet der feierliche Appell zum Jahrestag in Berlin statt, in diesem Jahr zum ersten Mal vor dem Reichstagsgebäude auf dem Platz der Republik. Hauptredner Helmut Schmidt, der vor über 70 Jahren selbst als Wehrpflichtiger eingezogen wurde, erinnerte an seine eigene Zeit als Soldat der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und mahnte: „Auch wir Deutschen bleiben verführbar.“ Der fast 90-jährige Altkanzler machte an die Rekruten gewandt aber auch den Unterschied zu damals deutlich: „Dieser Staat wird euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot.“

Begegnungen im Parlamentsviertel

Fallbeilgeburtstage Im Untergeschoss des Jakob-Kaiser-Hauses des Bundestages feiert **Hartwig Bierhoff** seinen 65. Geburtstag. Für den Leiter des Referats Online-Dienste und Parlamentsfernsehen bedeutet dieser Termin den Abschied vom Bundestag. Parlamentspräsident **Norbert Lammert** sagt, angesichts solcher „Fallbeilgeburtstage“ überkomme ihn ein Anflug von Wehmut. Bierhoff und er hätten auf gleicher Wellenlänge ein gemeinsames Anliegen verfolgt: Es sei ihnen darum gegangen, das Parlament als Zentrum der politischen Auseinandersetzung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Die Gäste – Abgeordnete, Kollegen, Freunde, Mitarbeiter und Presseleute – kennen Bierhoff, den langjährigen Pressesprecher des Deutschen Bundestages, meist schon viele Jahre. Etwa **Werner Sonne** von der ARD: „Ich kenne Bierhoff schon ewig. Und es hat sich immer gelohnt, ihn zu kennen.“ Oder der

langjährige Bundestagsabgeordnete und Kieler Oberbürgermeister **Norbert Gansel** (67). Der meint, der Jubilar habe schon vor 35 Jahren so ausgesehen wie heute. Dass aber auch Bierhoff in dieser Zeit ein wenig älter geworden ist, zeigt eine Szene aus einem Film, einem Geburtstagsgeschenk. Da sieht man den mit lan-



Hartwig Bierhoff

Foto: Thomas Köhler/photothek.net

gem dunklem Haar gezierten Studenten Bierhoff Anfang der 70er-Jahre in einer Sendung von Hans-Joachim Kulenkampff. Der Quizmaster will wissen, was Bierhoff denn mal werden wolle. Das wusste er damals noch nicht – er konnte ja auch kaum ahnen, mal Chef des Parlamentsfernsehens zu werden.



Kultur des Hinsehens In der brandenburgischen Landesvertretung zeichnet der Nachrichtensender Inforadio eine Podiumsdiskussion über Rechtsextremismus auf. Einer der Zuhörer ist der Diplomingenieur **Sokrates Giapapas**. Er ist in Athen geboren, hat in Berlin studiert und kam 1996 als 59-Jähriger nach Brandenburg. Dort baute er so erfolgreich ein Unternehmen auf, dass er nach acht Jahren Ehrenbürger der Stadt Schwarzhöhe wurde. Er habe gespürt, dass in Ostdeutschland „eine andere Luft weht“.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus müsse im Kindergarten beginnen. Wenn man deutsche und ausländische Kinder zusammenbringe, werde den Neonazis der Boden entzogen.

So ähnlich sieht das auch **Hajo Funke** (63), Professor an der Freien Universität Berlin: „Prävention fängt im Kindergarten an.“ Er befasst sich seit 1989 mit dem Rechtsextremismus. Anlass war der Einzug der Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus. Funke betont, Neonazis hätten ein doppeltes Gesicht, sie gäben sich gern als Biedermänner. **Thomas Weidlich**, Jahrgang 1962, ist eigentlich Lehrer. Seit fünf Jahren ist er Mitglied in einem mobilen Beratungsteam in Potsdam und arbeitet mit vielen Menschen zusammen, die sich gegen Rechtsextreme engagieren. Ihr Einsatz habe dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren eine „Kultur des Hinsehens und der Thematisierung“ entstanden sei.

Auch der Hausherr der brandenburgischen Landesvertretung, Staatssekretär **Gerd Harms** (55), sieht einen Wandel in der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Während man früher oft reflexartig von „Einzelfällen“ gesprochen habe, habe man zumindest in Brandenburg Ende der 90er-Jahre erkannt: „Wir haben ein Problem.“ Das habe vor

zehn Jahren zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ geführt.



Im Schneesturm In der Berliner Vertretung des Freistaates Bayern wird eine Ausstellung über Franz Josef Strauß eröffnet. Anlass ist der 20. Todestag des bayerischen Vollblutpolitikers. Gastgeber **Markus Söder**, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, erzählt, er habe als Jugendlicher ein Riesenposter von Strauß in seinem Schlafzimmer gehabt. **Edmund Stoiber** sagt, Strauß sei sein „prägender Lehrmeister“ gewesen und zitiert immer wieder seinen Vorgänger als Ministerpräsident. Zum Beispiel mit dessen Wort über die Volksnähe der CSU: „Wir müssen uns in der Kaviar-Etage bewegen können. Aber zu Hause sind wir in der Leberkäs-Etage.“

Auch hier wird ein Film mit Szenen aus der Vergangenheit gezeigt: „FJS“ steuert mit eigenen Händen eine kleine Maschine durch einen Schneesturm nach Moskau, wo er als erster deutscher Spitzenpolitiker Michail Gorbatschow treffen wird. In der Cessna saß auch Stoiber: „Schon der Flug mit Strauß im Cockpit war ein Abenteuer.“

Klaus Lantermann ■

Veranstaltungstipp

Tag der Ein- und Ausblicke

Der Bundestag öffnet seine Türen: Am 14. September sind alle Bürger eingeladen, hinter die Kulissen der Politik zu blicken. Von den Fraktionen bis zum Wehrbeauftragten, von der Bibliothek bis zum Petitionsausschuss präsentiert sich das Parlament in allen Facetten. Mit Ausstellungen, Diskussionsrunden, Führungen, Vorträgen, einem spannenden Kinderprogramm und einem Unterhaltungsprogramm auf dem Spreeplatz.

Tag der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag, Sonntag, 14. September 2008 von 9 bis 21 Uhr, letzter Einlass 20 Uhr.



Foto: DBT/Herermann-J. Müller

TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

23. und 24. August, 11–19 Uhr

Einladung zum Staatsbesuch Das Bundeskanzleramt, das Presseamt der Bundesregierung und die 14 Bundesministerien öffnen ihre Türen. Kostenloser Bus-Shuttle, alle Zugänge behindertengerecht.

Personalausweis/Reisepass erforderlich

bis 24. August

Ausstellung: Mensch – Raum – Landschaft Zeitgenössische Kunst aus der Sammlung des Willy-Brandt-Hauses **Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich**

14. September, 11 Uhr

Film: Daffke...! Die vier Leben der Inge Deutschkron Inge Deutschkron beschreibt ihre Jugend während der NS-Zeit, das Leben im Untergrund und die Auswanderung nach Israel. Eine Dokumentation von Wolfgang Kolneder, BRD, 1994, 90 Min.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13–14, Eintritt frei

17. September, 19 Uhr

Die Tomate fliegt noch immer – die 68er und die Frauenbewegung Moderiert von Tissy Bruns (Tagesspiegel) diskutieren die Zeitzeuginnen Helke Sander, die ehemalige Frauenministerin Renate Schmidt, die Autorin Ute Kätzel und die Forscherin Petra Hausteil.

Märkisches Museum, Am Köllnischen Park 5, Eintritt 3 Euro, ermäßigt 2 Euro


22. September, 19.30–21.30 Uhr

Vortrag und Diskussion: 75 Jahre deutsches Exil in der Türkei, u. a. mit MdB Thomas Kossendey, Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe

Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

Anmeldung: anmeldung-berlin@kas.de






Zukunft im Blick: Russ Carnahan inmitten einer Gruppe jugendlicher Besucher vor dem Kapitol in Washington

Besuch im Kapitol: der US-Abgeordnete Russ Carnahan

Perspektivwechsel



Die Welt blickt nach Amerika in diesen heißen Wahlkampftagen. Doch wie sieht die amerikanische Perspektive aus? Viele US-Abgeordnete arbeiten kontinuierlich an den internationalen Beziehungen und pflegen die Partnerschaft mit Deutschland. Russ Carnahan tut dies mit großem Enthusiasmus. Der Abgeordnete des Repräsentantenhauses übernimmt bald den Vorsitz der „Congressional Study Group on Germany“, des Pendantes zur Parlamentariergruppe des Bundestages. An schwierigen Aufgaben mangelt es nicht, und auch nicht an gemeinsamen Zielen.

Russ Carnahan leidet unter akutem Schlafmangel. Das merkt man dem demokratischen Abgeordneten aus St. Louis im Bundesstaat Missouri zwar nicht an, aber es ist so. Und er gibt es auch zu. Er ist nämlich soeben erst, nach einem langen Nachtflug, von einer Reise von Mitgliedern des Ausschusses „Naher Osten und Südasien“ des Repräsentantenhauses nach Afghanistan, Pakistan, Indien und Israel zurückgekehrt. Man hätte die Kongressferien in der Woche nach dem amerikanischen Unabhängigkeitstag vom 4. Juli auch anders, jedenfalls weniger kräftezehrend, verbringen können. Tatsächlich haben die meisten Abgeordneten und Senatoren die Sitzungspause genutzt, um in ihre Wahlkreise und Bundesstaaten zurückzukehren. Aber wenn die Mitglieder eines wichtigen Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses bei Debatten und Entscheidungen über die nationale Außen- und Sicherheitspolitik ihr politisches Gewicht und ihre Kenntnisse in die Waagschale werfen wollen, dann muss diese Kenntnis auch wachsen. Und das erreicht man durch Eindrücke und Einsichten, die man an Ort und Stelle gewinnt.

Die Eindrücke und Einsichten während der Reise waren, zumal in Kabul, nicht gut. Die Delegation von sechs Abgeordneten war kaum aus Afghanistan abgereist, als sich ein Selbstmordattentäter vor der indischen Botschaft in der afghanischen Hauptstadt in die Luft sprengte und mindestens 41 Menschen mit in den Tod riss. Es war der blutigste Anschlag seit dem Fall des Taliban-Regimes im November 2001. Hinzu kamen während des Aufenthalts der Delegation fortgesetzte Angriffe der wiedererstarkten Taliban im Süden und Südosten des Landes gegen Soldaten der von der NATO geführten internationalen Schutztruppe ISAF sowie weitere Anschläge des Terrornetztes Al Qaida.

„Die Lage ist tatsächlich so schlecht, wie sie von außen scheint“, sagt Carnahan in seinem Abgeordnetenbüro im siebten Stock des „Longworth Office Buildings“, eines von drei mächtigen Gebäuden in Sichtweite des Kapitols, in welchen die Büroräume der 435 Abgeordneten sowie auch einige Sitzungsräume von Ausschüssen untergebracht sind. Die Taliban und Al Qaida hätten im afghanisch-pakistanischen Grenzland

„einen terroristischen Freiraum“ gefunden, sagt Carnahan, wo sie dank jahrhundertalter Traditionen des Schutz- und Gastrechts der paschtunischen Stämme dem Zugriff der staatlichen Autorität in Islamabad entzogen seien. Reichlich finanziert durch die Erlöse aus dem illegalen Drogenanbau und dem Heroinhandel, der zu großen Teilen mit den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern abgewickelt werde, sei ein Ende des terroristischen Aufstandes von Taliban und Al Qaida nicht abzusehen, warnt Carnahan. Ohne die „robuste Hilfe der pakistanischen Streitkräfte“ sei dem Problem ohnedies nicht beizukommen, sagt

„Richtiger Krieg am richtigen Ort.“

der Abgeordnete, und er gibt zu verstehen, dass die soeben erst gebildete neue Regierung in Islamabad noch nicht recht sattelfest sei und in dieser Richtung bisher wenig bis nichts unternommen habe.

Parlamentsvorbehalt in den USA?

Der falsche Krieg im Irak, bekräftigt Carnahan die Argumentationslinie der Demokratischen Partei, sei eine Ablenkung vom Krieg in Afghanistan gewesen, dem „richtigen Krieg am richtigen Ort“, wie er sagt. In Afghanistan stehe nach wie vor eine Koalition von 40 Nationen im Kampf gegen Taliban und Al Qaida zusammen, im Irak müssten die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Last des Krieges fast alleine tragen. Die in Washington und auch von anderen Verbündeten in der NATO geäußerte Kritik an Berlins mangelnder Bündnissolidarität, weil die deutschen Soldaten am Hindukusch mit begrenztem Bundestagsmandat vor allem zum Wiederaufbau im ruhigeren Norden eingesetzt sind, statt im Süden gemeinsam mit den NATO-Partnern im Kampf gegen die Taliban zu stehen, will Carnahan jedenfalls nicht zuspitzen. „Jedes Land hat seinen eigenen Zugang und unterliegt besonderen Bedingungen, um seine Aufgabe an der zentralen Front im Krieg gegen den Terrorismus zu erfüllen“, sagt Carnahan.

Zudem unterstützt Carnahan den soeben von den ehemaligen Außenministern James Baker und Warren Christopher vorgelegten Plan, dem Kongress bei der Entscheidung zum Krieg künftig ein größeres Mitspracherecht als bisher einzuräumen. Baker und Christopher, die eine überparteiliche und unabhängige Expertengruppe zu dem Thema geleitet hatten, schlugen vor, dass der Präsident in Zukunft verpflichtet sein soll, vor Beginn eines bewaffneten Einsatzes von mehr als einer Woche Dauer beim Kongress die Zustimmung zu dem Waffengang einzuholen. Binnen 30 Tagen soll der Kongress dann entscheiden, ob der Präsident den Truppen tatsächlich den Marschbefehl erteilen darf. Eine Stärkung der Rolle des Parlaments in der Kriegsfrage sei in jedem Fall wünschenswert, sagt Carnahan. „In den ersten sechs Jahren der Amtszeit von Präsident George W. Bush hat der von den Republikanern kontrollierte Kongress die Politik des Weißen Hauses kritiklos abgesegnet“, klagt er. Seit dem Sieg der Demokraten bei den Kongresswahlen vom November 2006 nehme der Kongress sein Aufsichtsrecht in der über Leben und Tod entscheidenden Kriegsfrage zwar wieder intensiver wahr als zu Zeiten der republikanischen Mehrheit bis Anfang 2007. Aber wegen der umfassenden Verfassungsrechte des Präsidenten sei es, zumal mit einer knappen Mehrheit der Demokraten im Kongress, schwierig, dessen Handlungsspielraum wirklich einzuengen. „Grundsätzlich ist es von großer Bedeutung, dass sich der Kongress mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen intensiv befasst, weil wir damit auch dazu beitragen, das beschädigte Image Amerikas in aller Welt wieder zu verbessern“, sagt Carnahan.

Zur Person: Russ Carnahan, Jahrgang 1958, ist seit Anfang 2005 Mitglied des Repräsentantenhauses für den 3. Wahlkreis (Congressional District) von Missouri. Er gehört unter anderem den Ausschüssen (Committees) für Foreign Affairs, Transportation & Infrastructure und Science & Technology an und ist designierter Vorsitzender der „Congressional Study Group on Germany“.

www.carnahan.house.gov



Die USA im Bundestag

Kooperation auf allen Ebenen

Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit sind keineswegs nur Sache der Bundesregierung. Auch das Parlament hat ein gewichtiges Wort mitzureden. Auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Gremien gestaltet der Bundestag die Beziehungen zu anderen Staaten – auch die zu den USA.

Zentraler Ort im Bundestag für die Pflege der internationalen Beziehungen ist der **Auswärtige Ausschuss**. Hier werden außenpolitische Entscheidungen des Bundestages vorbereitet und das außenpolitische Handeln der Bundesregierung wird parlamentarisch kontrolliert und begleitet. Als wichtige Konstante deutscher Außenpolitik spielen die transatlantischen Beziehungen eine bedeutende Rolle. Delegationsreisen führen Mitglieder des Ausschusses regelmäßig in die USA, wo sie Gespräche mit Kongressabgeordneten und Regierungsvertretern führen.

Das Bild, das sie sich vor Ort machen, und die Informationen, die sie dort aus erster Hand erhalten, sind unverzichtbar, um den Kontrollauftrag des Parlaments gegenüber der Regierung ausführen zu können. Zudem entstehen auf solchen Reisen persönliche Kontakte zu amerikanischen Kollegen, die wesentlich zu den vertrauensvollen Beziehungen der beiden Länder auf Parlamentebene beitragen.

Herausragende Bedeutung für den engen und freundschaftlichen Austausch zwischen Abgeordneten beider Länder haben auch die **Parlamentariergruppe USA** und ihr Gegenpart auf amerikanischer Seite, die „Congressional Study Group on Germany“. Gemeinsam veranstalten sie einmal im Jahr das Congress-Bundestag-Seminar (CBS), das abwechselnd in Deutschland und den USA stattfindet.

Auf dieser Konferenz, die erstmals 1983 stattfand, kommen Abgeordnete beider Länder für eine Woche zusam-

men, um miteinander und mit Regierungsvertretern, Wissenschaftlern und Unternehmern über aktuelle politische Themen zu diskutieren. „Durch die regelmäßigen Kontakte sind Bindungen und Freundschaften entstanden, die über das politische Tagesgeschäft hinausreichen“, sagte der Vorsitzende der Parlamentariergruppe USA, Hans-Ulrich Klose, bei den diesjährigen Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum des CBS. „Es ist ein Netzwerk persönlichen Vertrauens entstanden, das seine Haltbarkeit auch in schwierigen Zeiten bewiesen hat.“

Ebenfalls vor einem Vierteljahrhundert wurde das **Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP)** ins Leben gerufen – eine gemeinsame Initiative von US-Kongress und Deutschem Bundestag aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Das PPP ist ein auf Gegenseitigkeit angelegtes Jugendaustauschprogramm (siehe Seite 12). Zu den engen Beziehungen zwischen Kongress und Bundestag trägt schließlich der **Mitarbeiteraustausch (MAT)** der beiden Parlamente bei: Jedes Jahr besuchen Verwaltungsmitarbeiter des US-Kongresses den Bundestag, um in Gesprächen mit ihren Fachkollegen Aufbau und Arbeitsweise des deutschen Parlaments kennenzulernen und persönliche Kontakte zu knüpfen. Beim Gegenbesuch in Washington haben umgekehrt Mitarbeiter des Bundestages die Chance, zwei Wochen lang ihren Kollegen im US-Kongress über die Schulter zu schauen.

Nicole Alexander ■

Internationale Beziehungen

Weitere Informationen zu den internationalen Beziehungen des Bundestages unter:

www.bundestag.de/internat



Russ Carnahan, geboren am 10. Juli 1958 in Columbia und aufgewachsen in Rolla im ländlichen Missouri, ist selbst zwar erst seit Anfang 2005 Mitglied des Repräsentantenhauses. Aber die Ölgemälde, welche die Wände seines Büros zieren, offenbaren eine lange politische Traditionslinie der Carnahans. Da sind zunächst die Bilder der Eltern Jean und Mel Carnahan. Mel Carnahan war von 1993 an Gouverneur von Missouri, im Jahr 2000 bewarb er sich um einen Sitz im Senat in Washington. Auf dem Weg zu einer der letzten Wahlkampfveranstaltungen vor der Wahl vom 7. November starben Mel Carnahan, der jüngste Sohn Randy sowie ein Wahlkampfberater beim Absturz einer zweimotorigen Cessna, an deren Steuerknüppel Randy Carnahan gesessen hatte. Nach den Wahlgesetzen von Missouri durfte der Name des tödlich verunglückten Kandidaten so kurz vor dem Wahltermin nicht mehr von den Wahlzetteln gestrichen werden. Und so errang Mel Carnahan postum einen tragischen Wahlsieg – ein bisher einzigartiger Vorgang in der Geschichte des Senats. Als Nachrückerin wurde vom Gouverneur von Missouri Carnahans Witwe Jean ernannt, die bis zur Niederlage bei der Nachwahl von 2002 den Sitz ihres verstorbenen Mannes im Senat in Washington einnahm.

In große Fußstapfen

Die politische Dynastie der Carnahans hatte schon Russ Carnahans Großvater Albert Carnahan (1897 bis 1968) begründet, der von 1945 bis 1960 Abgeordneter im Repräsentantenhaus und anschließend für zwei Jahre der erste amerikanische Botschafter in dem westafrikanischen Staat Sierra Leone war. Am gleichen Tag schließlich, an dem Russ Carnahan im November 2004 der Sprung ins Kapitol nach Washington gelang, wurde seine drei Jahre jüngere Schwester Robin Carnahan zum „Secretary of State“ von Missouri gewählt – ein Posten, der in Deutschland etwa dem eines Innenministers in einem Bundesland entspricht.

„Ich habe große Fußstapfen auszufüllen“, sagt Russ Carnahan, und er erinnert sich an den ersten Wahlkampf seines Lebens: Das war im Alter von acht Jahren, als sich sein Vater Mel Car-

nahan um einen Sitz im Parlament des Bundesstaates Missouri in Jefferson City bewarb. „Ich habe das Glück, in einer Familie aufgewachsen zu sein, in welcher der Wert des gewählten Amtes nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt wurde“, erinnert sich Carnahan.

Zum politischen Erbe des promovierten Juristen, der vor seiner Wahl ins Abgeordnetenhaus von Missouri im Jahre 2000 als Rechtsanwalt in St. Louis praktizierte, gehört auch, dass Carnahan heute jenes Abgeordnetenmandat des Wahlkreises 3 von Missouri erfüllt, das von Januar 1977 bis Anfang 2005 Dick Gephardt, der langjährige Mehrheits- und Minderheitsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus, innehatte. Wie Gephardt, der sich 1998 und 2004 vergeblich um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten beworben hatte, hat auch Carnahan deutsche Vorfahren. Aber das ist in Missouri wahrlich kein Wunder, denn fast 18 Prozent der gut 5,8 Millionen Einwohner des Bundesstaates stammen von deutschen Einwanderern ab.

In der Metropole St. Louis, die Carnahan als Abgeordneter im Reprä-

sentantenhaus vertritt, liegt der Anteil der Einwohner mit deutschen Vorfahren noch höher. Carl Schurz (1829 bis 1926) wurde 1868 als erster Deutsch-Amerikaner in den Senat gewählt – für den

„Die Zusammenarbeit der Parlamentariergruppen bildet so etwas wie das institutionelle Gedächtnis der deutsch-amerikanischen Beziehungen.“

Bundesstaat Missouri. In St. Louis gründeten im Jahre 1860 die ebenfalls aus Deutschland stammenden Eberhard Anheuser (1805 bis 1880) und dessen Schwiegersohn Adolphus Busch (1839 bis 1913)

die Brauerei Anheuser-Busch. Das Brauhaus sollte über die Jahrzehnte und Jahrhunderte zur größten amerikanischen Brauerei aufsteigen und wurde am 13. Juli 2008 vom belgisch-brasilianischen Braugiganten InBev für fast 52 Milliarden Dollar gekauft. Das neue Unternehmen „Anheuser-Busch InBev“ wurde damit zum größten Bierbrauer der Welt.

Auch wenn bei Russ Carnahan vom Deutschunterricht an der Highschool nur noch ein paar Brocken übriggeblieben sind, sieht er seine künftige Aufgabe als Vorsitzender der „Congressional Study Group on Germany“ mit Enthusiasmus. Die etwas irreführend „Studiengruppe“ genannte Gruppe von Abgeordneten ist das Gegenstück im Repräsentantenhaus zur Parlamentariergruppe USA des Bundestages. Seit inzwischen 25 Jahren treffen sich die Mitglieder der Gruppen abwechselnd in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, um sich über den Zustand der deutsch-amerikanischen

Neue Perspektiven: Das Kapitol, Sitz des US-Kongresses, neben einem der vier Löwen des Grant Memorials



Foto: DBT/Marie Kopcsik

Beziehungen, über das transatlantische Verhältnis sowie über die Lage an den Krisenherden der Welt auszutauschen (siehe Kasten). „Die Zusammenarbeit der Parlamentariergruppen bildet so etwas wie das institutionelle Gedächtnis der deutsch-amerikanischen Beziehungen“, sagt Carnahan. „Mancher Abgeordnete sieht Präsidenten und Kanzler kommen und gehen, aber der Austausch der Ideen und Erfahrungen unter den Parlamentariern dauert fort.“ Dass das Ansehen der Vereinigten Staaten in Europa und in Deutschland vor allem wegen des Streits um den Irakkrieg derzeit so schlecht sei wie seit Menschengedenken nicht, stimmt Carnahan nicht nur pessimistisch. Denn das Misstrauen sei vor allem auf die gegenwärtige Regierung gerichtet und nicht gegen Amerika und die Amerikaner insgesamt. Mit einem neuen Präsidenten und einer neuen Regierung von Januar 2009 an könnten die Vereinigten Staaten das verlorene Ansehen rasch wieder zurückgewinnen.

Dabei spiele vor allem der Kampf gegen den Klimawandel und für eine umweltfreundliche Energiepolitik eine entscheidende Rolle. „Auf diesem Gebiet

haben es die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren versäumt, eine internationale Führungsrolle zu spielen“, beklagt Carnahan. Vor allem die Regierung in Washington sei es gewesen, die zunächst mit ihrer Weigerung, das Phänomen des Klimawandels überhaupt anzuerkennen, auf diesem Feld eine Entwicklung verhindert habe. „Da haben wir viel Zeit verloren“, klagt Carnahan. Dafür seien viele Bundesstaaten und auch Kommunen in die Bresche gesprungen und hätten ihrerseits die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und die Entwicklung von Umwelttechnologie vorangetrieben.

Vorreiter Missouri

„Wir brauchen in Amerika eine nationale Verpflichtung in der Klimapolitik – so etwas wie ein Wettrennen um die Erde, so wie wir in den fünfziger Jahren einen Wettlauf zum Mond ausgerufen haben – und diesen auch gewonnen haben“, fordert Carnahan. Von Ländern wie Deutschland, wo regenerierbare Energiequellen zu den stärksten Wachstumssegmenten gehören, könnten die Vereinigten Staaten viel lernen.

Es kann nicht überraschen, dass Carnahan für den 4. November in seinem Heimatstaat Missouri einen Sieg von Barack Obama über John McCain voraussagt. „Missouri ist bei Präsidentschaftswahlen der Leithammel-Staat schlechthin“, erzählt Carnahan. Außer bei den Präsidentschaftswahlen von 1956, als sich die Wähler in Missouri mit denkbar knapper Mehrheit für den Demokraten Adlai Stevenson entschieden, während die Nation dem Republikaner Dwight Eisenhower eine triumphale Wiederwahl bescherte, hat Missouri seit 1904 stets auf den „richtigen“ Kandidaten gesetzt: Wer in Missouri bei Präsidentschaftswahlen die Mehrheit der Wählerstimmen erhielt, dem gelang auch der Sprung ins Weiße Haus. „Barack Obama kommt aus dem benachbarten Bundesstaat Illinois, er ist in Missouri gut bekannt“, schließt Carnahan. „Obama versteht die enormen Herausforderungen, die vor uns liegen – vom Kampf gegen den Terrorismus über eine Wende in der Energiepolitik bis zur Gesundheitsversorgung. Ich bin sicher, dass Senator Obama in Missouri gewinnen wird – und nicht nur in Missouri!“

Matthias Rüb ■

Foto: DBT/Marie Kocsik



Impressionen am Lincoln Memorial – ein Denkmal zu Ehren Abraham Lincolns mit einer 5,80 Meter hohen Statue des 16. Präsidenten der USA



Die neue US-Botschaft am Pariser Platz In guter Nachbarschaft

Als der spätere US-Präsident John Quincy Adams 1797 als erster amerikanischer Botschafter sein Quartier direkt neben dem Brandenburger Tor beziehen wollte, da hatte er am Stadttor der preußischen Hauptstadt schlechte Karten: Die Wache hatte von den „Vereinigten Staaten von Amerika“ noch nie etwas gehört. Seither hat sich einiges geändert: Als US-Botschafter William R. Timken am jüngsten Nationalfeiertag der USA, also am 4. Juli 2008, zur Eröffnung des neuen Botschaftsgebäudes einlud, da wollten viel mehr Menschen mitfeiern, als auf den Pariser Platz passten. Dafür gab es am folgenden Tag ein Volksfest auf der Fanmeile, die zur deutsch-amerikanischen Feiermeile wurde.

Mit dem Umzug ans Brandenburger Tor kehrt die US-Botschaft an ihren früheren Ort zurück – und bekommt gleichzeitig einen neuen Nachbarn. Denn inzwischen ist der Deutsche Bundestag ins Reichstagsgebäude gezogen, und das ist, wie Timken feststellte, „nur einen Steinwurf entfernt“. Wenn der Botschafter mit Mitarbeitern oder Gästen in seinem „Oval Office“, dem runden Sitzungszimmer auf dem Dach der Botschaft, durch die große Glasfassade blickt, schaut er nicht nur auf die Quadriga des Brandenburger Tores, sondern unmittelbar auch auf das Reichstagsgebäude.

Zur Eröffnung erinnerte Timken an die wechselvolle Entwicklung der amerikanisch-deutschen Beziehungen in den Nachkriegsjahrzehnten. Die Amerikaner seien für die Deutschen zunächst Feinde gewesen, dann Befreier, Besetzer, Beschützer – und schließlich Freunde. Er selbst habe die Deutschen als „wunderbares Volk“ kennengelernt – jede Woche versuche er, an zwei Tagen zu reisen und die Deutschen in ihren Regionen kennenzulernen.

Die neue US-Botschaft am alten Platz sei „als Symbol überwältigend“, betonte Timken. Sie stehe für den Triumph der Demokratie und für die feste Partnerschaft Amerikas mit Deutschland. Zuvor hatte der Botschafter erläutert, welche Bilder Amerikaner im Kopf haben, wenn sie an Deutschland denken: Das eine sei das von den Berliner Kindern, die auf Trümmern den Rosinenbomben während der Luftbrücke vor 60 Jahren zuwinken, das andere das von den Berlinern, die im November 1989 auf der Mauer sitzen und das Ende der Teilung bejubeln.

Das symbolische Band zur offiziellen Botschaftseröffnung durchschnitt nicht nur Timkens Gattin Sue, sondern auch der frühere US-Präsident George Bush senior. Während der Eröffnungsreden hielt Bush längere Zeit im Dauerregen einen großen Regenschirm über Angela Merkel und sich. Dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen tatsächlich von der Beschützerfunktion zur Partnerschaft gewandelt haben, kam wenig später zum Ausdruck, als die Kanzlerin beherzt nach dem Schirm griff und ihrerseits Bush vor den Niederschlägen schützte.

Möglicherweise meinte Timken nicht nur das Botschaftsgebäude, als er feststellte: „Es gefällt mir, es passt wunderbar zum Pariser Platz.“ Und zur Nachbarschaft mit dem Deutschen Bundestag.

Gregor Mayntz ■

Botschaft der USA

Die offizielle Website unter:

<http://german.germany.usembassy.gov>



Mit dem Bundestagsstipendium in die USA

Mission Missouri

Lena Walzer (16) aus Berlin hat ihr elftes Schuljahr mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) im Mittleren Westen der USA verbracht.

Ein wahres Abenteuer: Sie joggte über Highways, sezierte Hasen und erklärte ihren Mitschülern, dass Deutschland in Europa liegt. Ein Erfahrungsbericht.

Nach 24 Stunden im Flieger kam ich endlich in St. Louis an, der zweitgrößten Stadt im Bundesstaat Missouri.

Ich hatte zwei Koffer dabei, mein Kontrabass musste zu Hause bleiben. Dummerweise kam erst mal nur ein Koffer an. Am Flughafen warteten die Gasteltern Sheila und Dave und mein 14-jähriger Gastbruder Brett schon mit einem Schild. Sie begrüßten mich so herzlich, dass ich mich sofort wohlfühlte. Es war Anfang August 2007, als ich in das einstöckige Haus in einem Vorort von St. Louis einzog. Der Sommer war so heiß, dass man es fast nur im Swimmingpool draußen im Garten aushalten konnte. Das Wetter

Lena Walzer vor der C 47 „Skytrain“ am Deutschen Technikmuseum in Berlin, die als „Rosinenbomber“ während der Berlinblockade 1948/1949 im Einsatz war



Foto: DBT/Werner Schüring

in Missouri ist viel extremer als in Deutschland, im Sommer heißer, im Winter kälter, und die Unwetter sind heftiger.

Meine Gastmutter Sheila hatte vor sieben Jahren einen schweren Autounfall, bei dem sie ein Bein verlor. Seitdem sitzt sie im Rollstuhl. Trotzdem ist sie sehr lebensfroh und aktiv. Ich habe viel mit meiner neuen Familie unternommen, wir waren im Tierpark und auf dem Mini-golfplatz. Und in den Malls, den flughafengroßen Einkaufszentren. Ein paar Klischees stimmen dann doch: Die Fast-food-Kultur ist genau so, wie man sie sich vorstellt. Cola aus Ein-Liter-Trinkbechern, Kartoffelchips in der XXL-Packung und jede Menge Burger. Zum Glück besorgte meine Gastfamilie immer frisches Obst und Gemüse für mich. Aber meinem Lieblingsgericht Spinat musste ich komplett entsagen. Dafür bin ich jetzt süchtig nach Cola von Dr Pepper.

Auch das Bild vom Amerikaner, der an seinem Autositz festgewachsen ist, entspricht der Realität. In unserer Wohngegend gab es zum Beispiel gar keine Bürgersteige. Als ich erfahren habe, dass die Amerikaner nicht nur mit 16 ihren Führerschein machen, sondern auch nur 7,50 Dollar für die Fahrprüfung bezahlen, weil sie das Fahren mit den Eltern üben, war ich schockiert. Meine amerikanischen Freunde dagegen konnten nicht glauben, was der Führerschein in Deutschland kostet.

Kennengelernt habe ich meine Freunde beim Sport. In den Highschools gibt es keine Klassenverbände, in jedem

Kurs sitzen andere Leute. Die wichtigen Gruppen sind hier die Vereine, vor allem die Sportklubs. Und dann gibt es noch die Cheerleader, die genau so sind, wie in den amerikanischen Highschool-Filmen. Chor und Orchester sind auf der Beliebtheitskala eher hinten angesiedelt. Als leidenschaftliche Leichtathletin trat ich dem Cross-Country-Club bei. Der Berlin-Marathon ist nichts dagegen. Jeden Tag eine Stunde querfeldein laufen, danach Gewichte stemmen. Auch am Wochenende war individuelles Laufen „erwünscht“. Leider war die Umgebung meiner Schule nicht gerade mit Natur gesegnet. Wir liefen oft an Highways entlang, auf dem Seitenstreifen. Das war gleichzeitig eine Art Hindernislauf, so viele totgefahrenere Tiere lagen am Straßenrand.

Am Ende der Saison war ich in Form wie noch nie. Auch der Unterricht in der Schule war viel intensiver als in Deutschland. Man hat nur sieben verschiedene Kurse, die dafür aber jeden Tag. Ich habe einen Chemiekurs für Fortgeschrittene gewählt, der Hochschulniveau hatte. Damit bin ich für mein Chemieabi in Berlin gewappnet. Auch der Kurs „Menschliche Anatomie“ war spannend. Wir haben sogar einen Hasen seziert: Haut abziehen, Muskeln auftrennen, Magen aufmachen, Herz herauschneiden. Mir hat das nichts ausgemacht, ich will immer noch Ärztin werden. Oder in die Forschung gehen. Den Bundestagsabgeordneten aus meinem Wahlkreis, der mir das Stipendium gab, habe ich über alle Erlebnisse per E-Mail auf dem Laufenden gehalten.

Meine Mitschüler waren sehr neugierig und offen, auch wenn es oft beim Small Talk blieb. Und bei manchen Fragen konnten einem die Haare zu Berge stehen. Ist Europa ein Land? Was, Deutschland ist nicht dasselbe wie Europa? Steht die Mauer noch? Ich musste echte Aufklärungsarbeit leisten, aber es hat auf jeden Fall geholfen.

In vielen Dingen sind die Amerikaner total faszinierend. Eine so positive Einstellung zum Leben kennt man aus Deutschland nicht. Sie haben nicht so viele Zukunftsängste. Ihre größte Sorge ist momentan der Spritpreis. Außerdem schufteten die Amerikaner sehr hart. Mein Dad Dave ist jeden Tag morgens um vier Uhr aufgestanden, hat bis abends gearbeitet, ohne bezahlten Urlaub. Jeder 16-Jährige hat einen Nebenjob im Diner oder als Babysitter. Von diesem Fleiß und Optimismus will ich mir viel mitnehmen. Auch meine Mum Sheila ist so ein Fall. Wie viel Mut sie hat, trotz ihrer Behinderung! Es war ein tränenreicher Abschied von meinem zweiten Zuhause. Ich musste so sehr weinen, dass ich nicht einmal mehr mein Flugticket aus der Tasche holen konnte, andere Passagiere mussten mir dabei helfen. Meine Mission ist jetzt erst mal beendet. Aber dass ich wieder zurückkehre, das ist nur eine Frage der Zeit.

Protokoll: Lydia Harder ■

Was ist das PPP?

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) ist ein Austauschstipendium für Schüler, junge Berufstätige und Auszubildende zwischen dem US-Kongress und dem Deutschen Bundestag. Schüler müssen zwischen 15 und 17 Jahre, Berufstätige zwischen 16 und 24 Jahre alt sein. Die deutschen und amerikanischen Teilnehmer verbringen ein Jahr im Gastland. Bundestagsabgeordnete übernehmen die Patenschaft für die Jugendlichen. Bundesweit stehen etwa 360 Stipendien zur Verfügung. Bewerbungsschluss für 2009/2010 ist am 5. September 2008. Mehr Infos zur Bewerbung unter:
www.bundestag.de/ppp

Foto: DBT/Werner Schüring





Vor verschlossenen Türen? Holger Haibach
mit einem Gebetsschal aus Tibet vor der
chinesischen Botschaft in Berlin

Holger Haibach

„Ich werde nach China kommen“

Wer für den Schutz von Menschenrechten kämpft, muss vor allem eines haben – Geduld. Holger Haibach hat sich dieser Aufgabe verschrieben. Der Unionsabgeordnete sitzt im Menschenrechtsausschuss des Bundestages und ist Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises. Er blickt nicht nur aus sportlichem Interesse auf die Olympischen Spiele in Peking. Ihn interessiert, ob China die Menschenrechte achtet – während Olympia und danach.

Wenn sich der Mut eines Abgeordneten danach bemisst, wie oft er den Dalai Lama bei seinem Besuch im Mai in Berlin getroffen hat, dann gehört Holger Haibach zu den mutigsten Volksvertretern im Bundestag. Drei Mal kam er innerhalb eines Tages mit dem Dalai Lama zusammen, öfter als jeder andere Politiker in Berlin. Am Morgen begrüßte er ihn als Vorsitzender des Gesprächskreises Tibet in der Hauptstadt, später saßen Haibach und Unionsfraktionschef Volker Kauder mit dem Tibeter im Berliner Nobelhotel Adlon zusammen, schließlich traf er ihn als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

Nicht jeder wollte sich mit dem Dalai Lama blicken lassen, als der im Mai Deutschland besuchte. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mied den Tibeter – und so den Ärger mit den

Chinesen. „Die hatten lautstark vor jedem offiziell aussehenden Treffen mit dem im indischen Exil lebenden geistlichen Oberhaupt der Tibeter gewarnt. Peking betrachtet Tibet als Teil seines Staatsgebiets und wirft dem Dalai Lama separatistische Bestrebungen vor. Angela Merkel, die den Dalai Lama vergangenes Jahr im Kanzleramt empfangen hatte, weilte im Ausland, also wäre der Vizekanzler an der Reihe gewesen. „Es ist kein gutes Zeichen, dass Steinmeier die Anfrage der Tibet-Initiative abschlägig beschieden hat“, diktierte Haibach damals den Reportern in die Blöcke. Steinmeiers stille Diplomatie, so Haibach im Mai, drohe zur „Leisetreterei“ zu werden.

Seit er 2002 in den Bundestag gewählt wurde, kümmert sich Haibach um die Menschenrechtspolitik. Im gleichnamigen Ausschuss, im Tibet-Gesprächskreis,

„Bei uns ist schon beim Frühstück über Politik gesprochen worden.“

in der Versammlung des Europarates oder als Delegationsleiter von Abgeordnetenreisen, etwa nach Weißrussland, Europas letzter Diktatur. Es ist ein ungewöhnlich stilles Geschäft im normalerweise lauten Politikalltag. Nichts, außer vielleicht die Reisen an Orte abseits der Touristenströme, wirkt auf den ersten

schnellen Urgent-Action-Briefen, mit denen man Aufrufe von Amnesty International unterstützen und sich für die Freilassung politischer Gefangener einsetzen kann, hat das wenig zu tun.

In Jeans sitzt der 36-Jährige da und im blauen Hemd, dazu trägt er eine gestreifte Krawatte. Haibach ver-

Sportfunktionäre und der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung.

Bewirken kann Haibach etwas im Menschenrechtsausschuss des Bundestages, dessen stellvertretender Vorsitzender er ist. In dem Gremium, das die ehemalige SPD-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin als Vorsitzende führt, ist die Tagesordnung extrem vielfältig. So berichtet die Regierung den Ausschussmitgliedern beispielsweise über die Ausschreitungen in den Townships in Südafrika, die Abgeordneten entschei-

„Mit den Menschenrechten steht man nicht jeden Tag in den Schlagzeilen.“

Blick anziehend. Das lange Sitzen in Gremien nicht, das vielsprachige Diskutieren über Berichte nicht. Und die Tatsache, dass im Regelfall kaum einer diese Arbeit bemerkt, auch nicht.

Haibach lehnt sich aus seinem Sessel im Abgeordnetenbüro im Berliner Parlamentsviertel und legt die Ellenbogen auf die Knie. „Ich beneide keinen Sozialpolitiker, der es als großen Erfolg werten kann, wenn er im SGB XII im Artikel 325a die Worte ‚und andere‘ einfügen konnte“, sagt er. Klingt da Trotz durch? Haibach winkt ab. „Mit Menschenrechten steht man nicht jeden Tag in den Schlagzeilen“, sagt er. „Aber mich macht zufrieden, wenn ich etwas bewirken kann.“

Langwieriges Geschäft

Gerade hat die parlamentarische Sommerpause begonnen, die meisten von Haibachs Kollegen sind entweder im Urlaub oder haben Termine im Wahlkreis. Für den Hessen aber geht die Arbeit in Berlin weiter. Internationale Menschenrechtsgremien wie der Europarat, in dem er mitarbeitet, halten sich nicht an die sitzungsfreien Wochen der Deutschen. Während das politische Berlin die obligatorischen Sommerfeste feierte, schwitzte Haibach in Straßburg und arbeitete an einem Bericht über das Menschenrechtsverständnis der 47 Mitgliedsstaaten des Europarats. Eine Bezeichnung, die erahnen lässt, wie langwierig dieses Geschäft ist. Mit den

schränkt die Hände hinter dem Kopf. „Natürlich“, sagt er, „wollen die Leute am liebsten einen Politiker, der ihnen, wenn es geht, eine Bundesstraße baut. Doch von Menschenrechten sind die Menschen ganz existenziell betroffen.“ In frisch geteerten Straßenkilometern kann Haibach seinen Erfolg nicht messen. Ihm geht es ums Grundsätzliche.

Bewirken kann Haibach etwas im Gesprächskreis Tibet. Er ist Vorsitzender dieser Runde von Abgeordneten aller Fraktionen, die sich in losen Abständen trifft. Gesprächskreise gibt es einige im Bundestag, sogar einen zur Förderung klassischer Sprachen. Sie beschließen nichts Offizielles, dafür können ihre Mitglieder auch mal abseits der Fraktionslinie diskutieren. Sie organisieren Veranstaltungen, zum Beispiel Diskussionspodien, der Tibetgesprächskreis zuletzt im Juni zum Thema China und Olympia („Olympia 2008 – Dabei sein ist alles?“). Dabei kamen Degenfechter zu Wort und Ärzte,

Zur Person: Holger Haibach, Jahrgang 1971, gehört dem Bundestag seit 2002 an. Der CDU/CSU-Abgeordnete ist verheiratet und hat in Gießen auf Lehramt studiert. Schwerpunkt seiner Arbeit im Parlament ist die Menschenrechtspolitik. Besucht der Dalai Lama Deutschland, gehört Haibach zu dessen wichtigsten Gesprächspartnern.

holger.haibach@bundestag.de
www.holger-haibach.de



Foto: DBT/Ref. Schulten

den über Anträge zum Schutz von Flüchtlingen aus Myanmar, es geht um die UN-Wanderarbeiterkonvention und den Opferschutz bei Zwangsheiraten.

Und bewirken kann Haibach etwas in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, eine der ältesten internationalen politischen Organisationen in Europa. Haibach ist als Vertreter des Bundestages dorthin entsandt. Ziel der 47 Mitgliedsländer, darunter Russland, ist vor allem die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Dem dient

auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der über die Einhaltung der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wacht. An diesen Gerichtshof kann sich jeder Bürger wenden, aber erst dann, wenn er in seinem Land den Rechtsweg ausgeschöpft hat. So versuchte dort zum Beispiel der wegen Entführung und Mordes an dem Bankierssohn Jakob von Metzler verurteilte Magnus Gäfgen (vergeblich), das Urteil gegen ihn anzufechten – mit der Begründung, er sei durch die Androhung von

**Holger Haibach
vor bunten
Gebetsfahnen bei
einem buddhistischen
Zentrum in Berlin**



Folter von der Frankfurter Polizei zur Aussage gezwungen worden.

Krieg für Menschenrechte?

Wer sich all diese Institutionen und ihre Bestimmungen ansieht, merkt schnell, wie umfassend Menschenrechte heute zu verstehen sind – und wie kompliziert ihr Schutz geraten kann. Erstmals waren Menschenrechte in der Zeit der Aufklärung als subjektive, unveräußerliche und universell geltende Rechte eines jeden Menschen definiert worden. Heute schützen die meisten Landesverfassungen und natürlich auch das Grundgesetz Menschen- und Bürgerrechte. Dazu kommen internationale Abkommen wie die UN-Erklärung

Israelis und Palästinensern. „Brauchen wir wirklich schon wieder die nächste Roadmap, das nächste Annapolis?“ Der Hesse plädiert für kleine Schritte und vergisst nicht zu erwähnen, dass sein Wahlkreis im Hochtaunus als einziger deutscher Landkreis eine Partnerschaft mit einem Landkreis in Israel unterhält.

Solches Engagement ist in Haibachs Heimat keine Seltenheit. Der Hochtaunuskreis ist im Schnitt einer der reichsten in Deutschland. Viele Stiftungen haben hier ihren Sitz, bürgerliches Engagement – in Vereinen, im Lions Club, bei den Rotariern – wird großgeschrieben, Philanthropie keinesfalls nur als Marotte der Amerikaner verstanden. „Ein gewisser Wohlstand wird hier auch als Verpflichtung betrachtet“, sagt Haibach und verweist auf gleich zwei

„Ich bin nicht mit dem Anspruch nach Berlin gegangen, die Welt zu verändern.“

der Menschenrechte oder die Anti-Folterkonvention. Ein weiterer wichtiger Schritt war 1998 die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, wo Staatsoberhäuptern und ihren Handlangern erstmals auf internationaler Ebene der Prozess gemacht werden kann. Umstritten ist, ob Krieg geführt werden darf, um die Einhaltung von Menschenrechten durchzusetzen. 1999 war dies der Fall, als sich Deutschland im Rahmen der NATO an den Angriffen gegen Milošević beteiligte, um die ethnischen Säuberungen im Kosovo zu stoppen. Das warf Fragen auf, die bis heute ungelöst sind: Ist die Gewährleistung der Menschenrechte im Völkerrecht der Gegenwart noch eine innere Angelegenheit der Staaten? Und: Wer bestimmt eigentlich, was innere Angelegenheiten sind?

Haibach hat keine fertigen Antworten darauf und tut auch gar nicht so. „In den großen außenpolitischen Fragen verhebt man sich oft“, sagt er und beschreibt das am Dauerkonflikt zwischen

Initiativen, die strahlenkranke Kinder aus Tschernobyl an deutsche Kliniken holen.

Ein weißer Gebetsschal liegt unter Bildern, die alte Pfarrhäuser aus Fachwerk zeigen und Stadtansichten aus dem Mittelalter. Damit schmückt Haibach sein Abgeordnetenbüro. Über der Beschäftigung mit der Politik auf internationaler Ebene hat Haibach nicht vergessen, wo er herkommt. Politik hat er im ganz Kleinen gelernt – und macht das noch heute. Zusätzlich zu seiner Arbeit im Bundestag sitzt er im Kreistag seines Wahlkreises und im Gemeindeparlament seiner Heimatgemeinde Weilrod. Vorsitzender der Freiwilligen Feuerwehr ist er auch.

Wertgebundene Außenpolitik

Bevor Haibach 2002 direkt in den Bundestag gewählt wurde, war er persönlicher Referent von Landrat Jürgen Banzer, heute Justizminister in Hessen. Die Chefetage im Landratsamt galt damals als Talentschuppen für die Hessen-CDU. Sein Onkel Hartmut Haibach ist bei den Freien Wäh-

lern und Bürgermeister von Weilrod. „Bei uns ist schon beim Frühstück über Politik gesprochen worden“, sagte Haibach während seiner ersten Legislaturperiode einer Regionalzeitung.

„Ich bin nicht mit dem Anspruch nach Berlin begangen, die Welt zu verändern“, sagte er damals bescheiden. Heute bereist er sie. Etwa auf den Spuren des Außenministers, den Haibach, da ist er ganz Parteipolitiker, als Verwalter Schröder'scher Geschäftspolitik sieht. Als Steinmeier die autokratisch regierten Staaten Zentralasiens besuchte, auch um auszuloten, welche Gasförder- und Ölexportmöglichkeiten diese bieten, mahnte Haibach einen stärkeren Bezug auf Menschenrechte an. Ihre Einhaltung sei „Bedingung für den Dialog mit den Regierungen“ Usbekistans, Turkmenistans oder Kasachstans. Die Union bezeichnet diesen Ansatz heute als „wertgebundene Außenpolitik“ und führt sie etwa auch gegen China ins Feld. Haibach findet das Schlagwort richtig und erklärt, warum. „Wenn ich in diesen Ländern bin, sagen mir die Oppositionellen oft: Ihr müsst dafür sorgen, dass auch wir in euren Ländern gehört werden.“

Kann jemand, der diese Mahnung ständig mit sich trägt, mit Freude den Olympiawettkämpfen zusehen? Sicher, sagt Haibach, und fügt hinzu: „Mich interessiert eher, was nach der Olympiade passiert.“ Natürlich habe sich China stark verändert, sagt Haibach. „Unter Mao war der Besitz der Bibel strafbar. Heute wird sie millionenfach verkauft.“

Nur, dass er sich gern einmal selbst ein Bild davon machen würde, welche Fortschritte es in Chinas Städten gibt und wie schlimm die Lage für seine Millionen Landarbeiter heute ist. Aber jeder Versuch, für sich und einige andere Abgeordnete ein Visum zu bekommen, ist bisher gescheitert. „Die Chinesen haben nie gesagt, das geht nicht“, erinnert sich Haibach, „es hieß immer, jetzt ist nicht der rechte Zeitpunkt.“ Zuletzt hat er im Juni versucht, nach China und auch Tibet zu reisen. Vergeblich. Aber Haibach verfolgt sein Ziel weiter. An immer neue Hürden und Rückschläge ist er in der Menschenrechtspolitik gewöhnt. Haibach ist sich sicher: „Ich werde nach China kommen.“

Peter Müller ■



Foto: DBT/studio kohlimeier

Zur Person: Ina Lenke (rechts), Jahrgang 1948, ist frauen- und familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie stellvertretendes Mitglied der Kinderkommission des Bundestages.
ina.lenke@bundestag.de
ina-lenke1.org.liberales.de

Politik heißt Detailarbeit. Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten ungewöhnliche Spezialgebiete. Hier werden sie vorgestellt.

Gibt es noch anonyme Geburten, Frau Lenke?

Ja. Nicht immer sind Mütter so glücklich über ihr Kind wie auf diesem Foto. Obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, die Erfahrungen mit anonymen Geburten und der Nutzung von Babyklappen auszuwerten und danach gesetzliche Regelungen zu schaffen, ist dies bislang nicht geschehen.

Seit 1999 gibt es in der Bundesrepublik Babyklappen. Insgesamt sind es 76. Es gibt auch ausreichend Krankenhäuser, in denen schwangere Frauen, die anonym bleiben wollen, entbinden können. Aber Fakt ist, dass sich sowohl die Frauen als auch das helfende Krankenhauspersonal nach geltendem Recht strafbar machen. Deshalb erheben Ärzte und Ärztinnen zu Recht die Forderung, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden und anonyme Geburten rechtlich abzusichern. Es geht hier um Frauen, die sich in höchster Not befinden, und es geht darum, das Leben von Neugeborenen zu schützen.

Meine Fraktion hat im vergangenen Jahr zur Auswertung der Erfahrungen mit anonymen Geburten eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Nicht alle Daten und Fakten sind bereits erhoben, aber klar ist: Die Hälfte der Schwangeren, die sich anonym beraten lassen, geben ihre Anonymität

nach der Geburt auf und nehmen das Kind mit nach Hause. Wird die Anonymität nicht aufgehoben, wird das Kind zur Adoption freigegeben. Darunter sind auch Mütter, die ihre Kinder in eine Babyklappe gelegt haben. Das ist der wirkliche Erfolg dieser Angebote.

Es gab bereits 2002 einen Gesetzentwurf zur Regelung anonymer Geburten, der von SPD, CDU, CSU und FDP im Bundestag getragen wurde. Aber wir haben dieses Gesetz noch immer nicht. Ich weiß um das Spannungsverhältnis zwischen dem Recht des Kindes auf Leben und auf Kenntnis der eigenen Abstammung. Daran wird sich nichts ändern lassen. Beides sind Grundrechte. Aber es wird immer wieder Mütter geben, die ihre Anonymität nicht aufgeben wollen. Damit müssen wir leben und das muss geregelt werden. Wir sollten also zügig und fraktionsübergreifend Lösungen finden, die unserer Verfassung Rechnung tragen, schwangeren Frauen in extremen Notsituationen helfen und Geburtshelferinnen und -helfern Rechtssicherheit geben. Denn was wir auf jeden Fall wissen: Eine Begleitung der anonymen Geburt birgt immer die Chance, dass die Mutter ihre Anonymität aufgibt und sich für ihr Kind entscheidet. ■

SCHAU AN

Die Vitrine ist eine Gestatterin. Sie erlaubt uns den Blick auf ihr Innerstes. Ein offenherziges Möbelstück ist sie, das sich französisch gibt. Vitre heißt Glasscheibe. Wie prosaisch muss da die deutsche Übersetzung anmuten. Ein Schaukasten kann zwar genauso schön aussehen, doch klingt er dementsprechend? Vitrinen bewahren Kostbarkeiten vor Staub und Händen, aber für den neugierigen Blick sind sie freigegeben. Die Vitrine sagt: Nicht anfassen, aber gern anschauen. Ein vornehmes Stück.

Der Schaukasten hingegen kann Schnödes beherbergen. Ankündigungen, Speisepläne, Informationen, Telefonnummern, Wegweiser, Depeschen des Hauses, alles Dinge, die uns das Leben erleichtern und Orientierung geben. Den Schaukasten findet man überall in großen Häusern, manchmal durch Pinnwand oder Schwarzes Brett ersetzt. Oder durch Möbelstücke, die extra gebaut sind für die Präsentation nützlicher Materialien. Mitnehmen erlaubt.

Und es kommt vor, dass so ein Schaukasten auf etwas Wunderbares hinweist. Frauenfußball im Bundestag. Wer hätte das gedacht.

Da gehen wir doch hin.

Kathrin Gerlof ■

...enFUSSBA



In der
Sporthalle MELH

Montag 16.00 – 17.00 Uhr

Mittwoch 16.00 – 18.00 Uhr*

*in den Sitzungswochen nicht

Veranstaltung Tel. 37252
Veranstaltung Tel. 37346
Veranstaltung Tel. 37371





24 Stunden
geöffnet.

Hummel, Hummel!
Müll, Müll!

Armut in Deutschland

Die Angst vor dem sozialen Abstieg

Die Entwicklung kommt schleichend. Zuerst sind es nur „die anderen“, denen es nicht mehr so gut geht, die in Armut fallen. Doch längst haben nicht nur Arbeitslose, Alleinerziehende, Kinder und Geringverdiener Mühe, am normalen Leben teilzunehmen. Auch Arbeitnehmer aus der Mittelschicht fürchten zunehmend den sozialen Abstieg. Was läuft schief in Deutschland? Im Streitpunkt von BLICKPUNKT BUNDESTAG diskutieren darüber Inge Zeller, gelernte Betriebswirtin und seit drei Jahren arbeitslos, und Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Der jüngste Armutsbericht der Bundesregierung spricht eine deutliche Sprache: Jeder vierte Deutsche ist arm oder von Armut bedroht. Die Lücke zwischen Arm und Reich wird immer größer – die Mittelschicht kleiner. Alarmierende Zahlen, die die politischen Parteien bis hin zum Bundespräsidenten in Besorgnis versetzen. Denn das Gefühl vieler Bürger, nicht mehr anerkannter Teilhaber am Gemeinwesen, nur noch gering geschätzter Transferbezieher zu sein, könnte den Kitt unserer Gesellschaft, das Gefühl sozialer Gerechtigkeit, brüchig machen. Schon jetzt befindet sich die Zustimmung zu unserem Parteiensystem im Sinkflug, ist das Vertrauen in die soziale Markt-

wirtschaft auf unter 50 Prozent Zustimmung gerutscht.

Allerdings: Auch wenn die soziale Kluft in Deutschland tiefer wird – von wirklich lebensbedrohlicher Not sind wir noch entfernt. Wer von Armut betroffen ist, muss deswegen nicht zwangsläufig unter Brücken schlafen oder Hunger leiden. Hier helfen die staatlichen Transferleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Miet- und Heizkostenzuschüsse, Kindergeld. Zudem ist die Definition von Armut umstritten. Nach europäischem Maßstab gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient. Als Alleinlebender sind dies zurzeit monatlich 781 Euro netto. Doch Statistiken haben

Schützt der Sozialstaat noch ausreichend vor sozialer Not? Müllsammler in einer deutschen Stadt

ihre Tücken: Würde sich das Durchschnittseinkommen in Deutschland verdoppeln, blieben Menschen in den Augen der Statistiker auch mit deutlich mehr Geld weiterhin arm, da sich an der zugrunde gelegten Relation von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens nichts veränderte.

Wer jeden Cent sparen, jeden Euro dreimal umdrehen muss, für den sind solche Rechenspiele egal. Er muss sehen, wie er den Alltag bewältigt, die Kinder vernünftig großzieht, Anschluss am Leben hält. Wer kein Geld hat für eine Kinokarte oder mal ein Glas Wein im Restaurant, fühlt sich rasch einsam und ausgegrenzt. Das Schlimmste an Armut ist häufig die Perspektivlosigkeit, das Gefühl, an der eigenen Lage nichts ändern zu können.

In der Politik ist der Alarm des Armutsberichts angekommen. Einige Parteien überschlagen sich mit Forderungen nach Steuer- und Abgabensenkungen, höherem Kindergeld und angesichts der Explosion der Energiepreise nach neuen Sozialtarifen. Doch sind das die richtigen Rezepte? Sind die eigentlichen Stellschrauben im Kampf gegen die Armut nicht andere – etwa entschiedene Investitionen in eine bessere Kinderbetreuung und in die Bildung insgesamt? Denn eines prophezeien alle Experten: Nur wer gut ausgebildet ist, hat künftig Chancen, Arbeitslosigkeit und Armut von sich fernzuhalten.

Die Gretchenfrage heißt zudem: Wer soll Steuersenkungen oder höhere Leistungen bezahlen? Da werden die Mienen in der Politik schnell länger. Denn die Große Koalition hat sich auf den Schuldenabbau und die Sanierung des Staatshaushaltes verschworen. Auch dies ist eine Frage der Gerechtigkeit. Zwischen den Generationen. ■

Armutsbericht

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zum Download:

www.bmas.de/coremedia/generator/26744



Soziales Gleichgewicht bewahren,
gerade im Interesse der jungen Generation:
Carsten Schneider und Inge Zeller auf einem
Kinderspielplatz im Berliner Tiergarten

Streitgespräch: Inge Zeller und Carsten Schneider Sozialstaat aus der Balance?

Was bedeutet es heute in Deutschland, arm zu sein, und wie lässt sich die soziale Schieflage bekämpfen? Wo treffen sich politische Rezepte und persönliche Erfahrungen? BLICKPUNKT BUNDESTAG hat zwei unterschiedlich Betroffene zum Streitgespräch gebeten: Inge Zeller (49), eine Diplombetriebswirtin, die seit drei Jahren arbeitslos ist und von Hartz-IV-Leistungen leben muss, und den SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider (34), der haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist und bei seinen Wählern im Wort steht, endlich den gewaltigen Schuldenberg des Staates abzubauen.

Blickpunkt Bundestag: Frau Zeller, können Sie uns kurz Ihre Situation beschreiben?

Inge Zeller: Ich bin 49 Jahre alt, studierte Betriebswirtin und habe eine Tochter. Seit 2004 bin ich erwerbslos. Trotz aller Bewerbungen habe ich keine neue Arbeitsstelle gefunden. Ich arbeite inzwischen aktiv im ver.di-Erwerbslosenausschuss mit. Seit 2005 lebe ich von der Grundsicherung.

Blickpunkt: Was heißt das konkret?

Zeller: Das heißt, dass ich 351 Euro monatlich zur Verfügung habe. Davon gehen ab Strom, Telefon, Versicherung, wenn man sie hat, dann die Ausgaben für Verkehr. Zum Leben bleiben mir 175 Euro. Eigentlich soll ich davon nach



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Meinung der Bundesregierung noch 16 Prozent ansparen, um defekte Geräte wie etwa eine kaputte Waschmaschine ersetzen zu können.

Blickpunkt: Könnten Sie von 351 Euro im Monat leben, Herr Schneider?

Carsten Schneider: Ich weiß es nicht. Die Antwort ist wirklich schwer. Sicher: Ich habe früher als Azubi wirklich nicht im Luxus gelebt. Aber heute? Das wäre sicherlich schwierig. Das ist keine Situation, die ich mir wünschen möchte.

Blickpunkt: Frau Zeller, empfinden Sie sich als arm?

Zeller: In einem reichen Land wie Deutschland will kein Mensch zugeben, dass er arm ist. Ich stehe dazu. Ja, ich empfinde mich als relativ arm, so wie auch die 15

Millionen anderen Deutschen es sind, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens, so wird Armut ja offiziell definiert, zum Leben haben.

Blickpunkt: Ist für Sie, Herr Schneider, Frau Zellers Lage selbst bedingt oder stimmt etwas mit unserem Arbeits- und Sozialwesen nicht?

Schneider: Ich kann das schwer beurteilen, dafür müsste ich die persönliche Lage von Frau Zeller genau kennen. Aber klar ist: Wir haben noch immer zu wenig Arbeitsplätze und die Zahl der Arbeitslosen ist zu hoch. Aber es gibt seit einigen Jahren eine Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt, gerade bei denen, die kurzzeitarbeitslos sind. Leider gibt es bei den Langzeitarbeitslosen kaum Bewegung.

Blickpunkt: Armut wird mit statistischen Größen definiert. Was ist für Sie Armut?

Schneider: Das ist vor allem eine Frage der Lebensperspektive. Wenn Sie als Student von 600 Euro BAföG leben müssen, im Gegensatz zum Empfänger von Arbeitslosengeld II aber noch die Miete zu zahlen haben, haben sie etwa gleich wenig Geld. Ein Student fühlt sich dabei aber nicht arm, weil er eine positive Lebensperspektive hat. Diese Perspektive fehlt dem ALG-II-Empfänger. Er fühlt sich ausgegrenzt.

Zeller: Das stimmt. Je länger man arbeitslos ist, desto mehr verliert man seine Hoffnungen. Zumal, wenn man in meinem Alter ist. Viele Arbeitgeber stellen keine Leute über 40 Jahre mehr ein.



„Das Problem der Arbeitslosigkeit löst sich nicht, indem der Staat die Leute einstellt.“

Carsten Schneider

reichen, wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und so weiter. Die Angst, dass Armut ersichtlich wird. Oder dass man krank wird. Wenn ich für neun Tage ins Krankenhaus käme, müsste ich von meinen 175 Euro 90 Euro Eigenanteil zahlen. Das wird wirklich schwierig und ist eigentlich unzumutbar.

Blickpunkt: Wissen das die Politiker?

Schneider: Natürlich. Die 90 Euro Eigenanteil sind ja auch die maximale Obergrenze. Die CDU wollte eine höhere Grenze, das hat die SPD verhindern können. Die 90 Euro mögen schmerzlich sein, aber ich erinnere an die amerikanischen Verhältnisse, wo 40 Millionen Menschen ohne jede Krankenversicherung sind. Wichtig ist, dass wir unser Gesundheitssystem auf die alternde Gesellschaft vorbereiten.

Zeller: Ich lebe aber in Deutschland und nicht in den USA! Und: Auch in Deutschland zieht sich der Staat aus seiner sozialen Verantwortung zurück – siehe 351 Euro Grundsicherung. Amerika soll kein Vorbild für unsere Politiker sein.

Schneider: Ist es auch nicht. Es hat bei uns Verschiebungen, aber keine Kürzungen gegeben. Von jedem eingenommenen Steuer-Euro werden 70 Prozent für den Sozialstaat ausgegeben.

Blickpunkt: Ist Frau Zeller eine typische Armutsbetroffene? Gemeinhin gelten Menschen mit keiner oder schlechter Ausbildung als besonders armutsgefährdet. Bei- des ist Frau Zeller nicht.

Schneider: Richtig. Es stimmt ja leider, dass ältere Arbeitnehmer schlechtere Chancen haben. Der Trend in vielen Unternehmen führte in den vergangenen Jahren zu einer radikalen Verjüngung. Ältere wurden entweder in den Vorruhestand geschickt oder sonst wie verabschiedet. Das war falsch und teilweise rächt sich das heute bereits. In vielen Unternehmen fehlen inzwischen Erfah-

Leider haben Sie, Herr Schneider, bei Ihrer positiven Trendwende etwas vergessen zu sagen: Die spielt sich fast ausschließlich im Niedriglohnbereich und in der Leiharbeit ab, wo man sozial kaum abgesichert ist.

Schneider: Hier muss ich widersprechen. Es gibt einen großen Zuwachs auch an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Und die Gewerkschaften haben erstmals wieder für ordentliche Lohnabschlüsse gesorgt.

Zeller: Das sehe ich ganz anders. Die Politik ist gefordert und muss nun endlich dafür sorgen, dass ein Mindestlohn eingeführt wird, so wie in den meisten europäischen Ländern.

Blickpunkt: Was empfinden Sie als das Deprimierendste an Ihrer Lage, Frau Zeller?

Zeller: Man braucht viel Kraft zum Leben. Ich hole sie mir, indem ich sehr aktiv bin. Aber es bleibt die ständige Unterversorgung in den verschiedenen Be-

Zur Person: Carsten Schneider, Jahrgang 1976, ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2005 ist der gelernte Bankkaufmann aus Erfurt haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Obmann im Haushaltsausschuss.
carsten.schneider@bundestag.de
www.carsten-schneider.de

Zur Person: Inge Zeller, Jahrgang 1958, ist gelernte Diplombetriebswirtin, seit drei Jahren arbeitslos und lebt von Hartz-IV-Leistungen. Die Berlinerin engagiert sich im Erwerbslosenausschuss der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und im Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung.
<http://erwerbslose.berlin.verdi.de>

rung und soziale Kompetenz. Erfreulicherweise erkennen dies immer mehr Betriebe.

Blickpunkt: Wenn Sie überlegen, warum Sie trotz ihrer guten Ausbildung und Berufserfahrung arbeitslos sind – was läuft aus Ihrer Sicht da falsch, Frau Zeller?

Zeller: Weil der Staat in jede Richtung spart und dadurch massiv Arbeitsplätze abbaut. Allein in Berlin sind in den letzten Jahren 450.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. In der Bildung wird eingespart, bei den Kindergärten, beim Grünflächenamt, bei der Kultur – überall. Hier spart der Staat. Erwerbslose müssen dann diese Aufgabe als 1-Euro-Jobs verrichten.

Schneider: Es ist richtig, dass es im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren einen Abbauprozess gegeben hat, der auch notwendig war. Aber auf die Kindergärten trifft das nun gar nicht zu, Frau Zeller. Hier wie auch in anderen sozialen Bereichen gibt es wieder mehr Beschäftigung. Und ich muss Ihnen auch sagen: Wie leben nicht mehr im Sozialismus. Das Problem der Arbeitslosigkeit löst sich nicht, indem der Staat die Leute einstellt.

Zeller: Aber man kann Investitionsprogramme auflegen und dadurch gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Man kann längere Arbeitszeiten verhindern, Mindestlöhne einführen.

Schneider: Bei den Mindestlöhnen bin ich ganz auf Ihrer Seite.

Blickpunkt: Frau Zeller, glauben Sie noch an das, was Politiker sagen? Glauben Sie an die Selbstheilungskräfte einer sozialen Marktwirtschaft?

Zeller: Politiker reden viel, setzen aber wenig um. An die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft glaube ich weiterhin.

Blickpunkt: Wenn soziale Gerechtigkeit nicht mehr in der Masse der Bevölkerung empfunden wird, welche Konsequenzen,

welche Sprengkraft für unsere Gesellschaft hat das?

Schneider: Die immer größer werdende Spreizung der Einkommen – oben immer mehr, unten weniger und in der Mitte ein großer Druck – das kann nicht gut gehen. Aber: Man kann der Politik sicher einiges vorwerfen, dennoch gibt es auch die Eigenverantwortung der Menschen. Viele von ihnen erwarten, dass man für sie etwas tut, aber sie sind selbst nicht mehr bereit, dafür auch zu kämpfen und sich etwa in den Gewerkschaften zu organisieren.

Zeller: Es stimmt: Es gibt eine Entpolitisierung der Bevölkerung. Es ist ein viel zu kleiner Kreis, der kämpft und aktiv ist. Das bedauere ich sehr.

Blickpunkt: Und was erwarten Sie von der Politik?

Zeller: Dass der rigide Sparkurs aufgegeben wird, dass die Gesetze des Sozialgesetzbuches II, wie von der Gewerkschaft gefordert, abgeändert werden und dass

die Politik einsieht, dass sie endlich investieren muss.

Schneider: Das wurde nun schon 30 Jahre lang ausprobiert und hat doch nicht funktioniert. Die Folge waren immer höhere Staatsschulden. Heute geben wir im Jahr allein 42 Milliarden Euro für Zinsen aus, das ist mehr als der Verkehrs-, Familien- und Bildungsetat zusammen ausmachen. Also ist das zu kurzfristig gedacht. Ein Strohfeuer hilft uns nicht weiter. Wir müssen – auch und gerade im Interesse der jüngeren Generation – am strikten Kurs der Haushaltssanierung festhalten.

Blickpunkt: Nicht nur die Armen und Arbeitslosen klagen über ihre Lage, auch die Mittelschicht sorgt sich zunehmend vor einem sozialen Abstieg. Bricht der Politik das Vertrauen der Bürger weg?

Schneider: Das Vertrauen der Bürger in die Demokratie und ihre Institutionen nimmt in der Tat ab. Die Angst vor dem

Foto: Thomas Köhler/photothek.net



„Den Kindern Fähigkeiten zu vermitteln, darf doch nicht vom Geldbeutel abhängen.“

Inge Zeller

Abstieg hat verheerende Wirkungen, politische wie ökonomische. Deshalb müssen wir die Stabilität der Volkswirtschaft und das Vertrauen der Bürger wieder zurückgewinnen. Gerade deshalb ist es so wichtig, bei den Staatsfinanzen solide zu sein, Einnahmen und Ausgaben aufeinander abzustimmen.

Zeller: O.K., aber die soziale Gerechtigkeit darf dabei nicht unter die Räder kommen. Es ist doch keine Frage, das Geld ist vorhanden, um höhere Sozialleistungen zu bezahlen und kinderreiche Familien besser zu unterstützen.

Blickpunkt: Kann man gegen eine gefühlte Ungerechtigkeit von Millionen von Menschen auf Dauer Politik machen?

Schneider: Zumindest ist es schwierig. Als ungerecht wird empfunden, wenn oben Manager unverschämte Gehälter und Abfindungen kassieren und unten Zehntausende Beschäftigte rausgeschmissen werden. Die Politik ist hier aber nur beschränkt handlungsfähig. Die SPD schlägt vor, durch die Begrenzung steuerlicher Abzugsfähigkeit solche Auswüchse zu be-

grenzen. Und mit Hilfe von Mindestlöhnen wollen wir Untergrenzen einziehen und für eine anständige Entlohnung sorgen. Aber richtig ist eben auch, dass dauerhaft Preise und Löhne nicht von der Politik, sondern vom Markt bestimmt werden. Um die Chancen vieler Menschen zu verbessern, müssen wir vor allem in Bildung und Ausbildung investieren.

Zeller: Das ist sicherlich richtig. In diesem Zusammenhang finde ich es zynisch, dass in der Regelleistung für Bildung null Cent vorgesehen sind. Den Kindern Fähigkeiten zu vermitteln, ihnen eine sportliche oder musische Erziehung zu ermöglichen, darf doch nicht vom Geldbeutel abhängen. Ein Kind muss sich ausprobieren dürfen. Auch das gehört zur Bildung dazu. Und es darf nicht sein, dass nur gut situierte Eltern ihren Kindern Nachhilfeunterricht geben können.

Blickpunkt: Frau Zeller, Sie werden bald 50 Jahre. Was wünschen Sie sich?

Zeller: Ein Leben in gerechterem Umfeld ohne Ausgrenzung und mit einer Zukunft für meine Tochter und mich.

Das Gespräch führte Sönke Petersen. ■



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Standpunkte der Fraktionen:



Armut wird als wachsendes Problem und Gefahr wahrgenommen. Läuft etwas falsch in Deutschland?

Der deutsche Sozialstaat wirkt. Das ist auch die Kernaussage des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte, aber auch das Wohngeld sowie familienpolitische Leistungen wie das Kindergeld, der Kinderzuschlag oder das frühere Erziehungsgeld haben die Armutsrisikoquote im Jahr 2005 nach EU-SILC von 26 Prozent auf 13 Prozent halbiert.

Richtig ist, dass die Einkommensverteilung ungerechter geworden ist. Dabei stieg nicht nur das Risiko der Einkommensarmut insgesamt, sondern auch bei den Erwerbstätigen. Aber: Der Sozialstaat in Deutschland funktioniert. Durch Transferzahlungen und das Steuerrecht konnte die Ungleichheit bei den Markteinkommen korrigiert werden. In Europa konnte das Armutsrisiko neben den skandinavischen Staaten in Deutschland am stärksten reduziert werden.

In den letzten zehn Jahren sind fünf Millionen Bürger aus der Mittelschicht in die armutsgefährdete Schicht abgerutscht. Es ist falsch, wenn bei explodierenden Preisen nur darüber geredet wird, dass die Hartz-IV-Sätze steigen müssen – aber niemand daran denkt, was das für ganz normal arbeitende Familien bedeutet. Und was nutzt ein Brutto-Mindestlohn, wenn der Staat durch Steuern und Abgaben netto davon immer weniger übrig lässt?

Es läuft falsch. Nach den im Anhang versteckten, sachlich korrekten Angaben des 3. Armutsberichts stieg die Armutsquote von 1998 bis 2005 von zwölf Prozent auf 18 Prozent. Einkommen und Vermögen werden immer ungerechter verteilt. Dies ist das Resultat eines durch neoliberale Politik entfesselten Kapitalismus und eines seit Jahren betriebenen Sozialabbaus, der seinen vorläufigen Höhepunkt in der Agenda 2010 und Hartz IV gefunden hat.

Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich schreitet ungehindert voran. Nicht nur die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Auch die Mittelschicht bricht weg. Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm: Ein Drittel der Beschäftigten liegt unter der Niedriglohnschwelle. Von Armut besonders betroffen sind Kinder, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Arme Kinder haben weniger Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss.

Was sind aus Ihrer Sicht wirksame Instrumente zur nachhaltigen Bekämpfung und Minderung von Armut?

Der Schlüssel zur Armutsvermeidung ist die Stärkung von Teilhabechancen durch mehr Bildung und Beschäftigung. Der nach wie vor enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen generell und von denen mit Migrationshintergrund im Besonderen ist eine nationale Herausforderung, der wir uns stellen.

Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist der Schlüssel, um das Armutsrisiko zu minimieren. Um sicherzustellen, dass bei Vollzeitbeschäftigung der Lebensunterhalt aus eigener Kraft finanziert werden kann, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig. Um den Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen, müssen gleiche Chancen für alle durch eine qualifizierte Kinderbetreuung und ein gerechtes Bildungssystem gegeben sein.

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Das Risiko, arm zu werden, ist dann am größten, wenn die Bildungschancen schlecht sind. Deshalb muss Bildung wieder ein Bürgerrecht werden. Und: Die Mittelschicht darf nicht immer weiter belastet werden, sie muss endlich entlastet werden, denn sie erarbeitet, was andere so gerne verteilen möchten. Deshalb braucht Deutschland ein niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem.

Wir wollen die Ungerechtigkeit produzierenden gesellschaftlichen Verhältnisse ändern. Dazu bedarf es einer anderen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Stichworte hierzu sind: gerechte Steuerpolitik, aktive Beschäftigungsförderung, gesetzlicher Mindestlohn, Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung bei Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie Ablösung von Hartz IV durch eine armutsfeste Grundsicherung.

Für einen fairen Wettbewerb und gegen Lohndumping brauchen wir Mindestlöhne für alle. Damit mehr vom Brutto übrig bleibt, müssen die Sozialabgaben im Niedriglohnbereich reduziert werden. Hartz IV muss auf ein existenzsicherndes Niveau angehoben und an den Preisindex angepasst werden. Ein erweiterter Kinderzuschlag, bedarfsgerechte Hartz-IV-Leistungen und gezielte Förderung in Schule und Kindergarten verbessern die Chancen von armen Kindern.

Das Parlament öffnet seine Türen

am Sonntag, dem 14. September 2008,
von 9 bis 21 Uhr.



Porträt des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, © Dr. Haddenhorst-Kallmann, Wiesbaden, Sammlung Lenbachhaus München

Hans Jürgen Kallmann im Kunst-Raum

„Sie haben mein Wesen erfasst“

Foto: DBT/Sebastian Hille



Draußen der strahlend blaue Himmel und die klare Linie der Architektur – drinnen die erdigen Farben und der kraftvolle Strich der Naturbilder. Stärker kann der Kontrast nicht sein. Mystisch, ausdrucksstark und obsessiv sind Hans Jürgen Kallmanns Bilder, die der Bundestag zum 100. Geburtstag des Malers in der Ausstellung „Von Bäumen und Menschen“ zeigt. Wer in diesen Sommertagen den Kunst-Raum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus betritt, taucht ein in die Welt eines Malers, den die Großen der Kunst schätzten und der die Großen der Politik porträtierte. „Und dennoch bleibt sein Lebenswerk zu entdecken“, sagt Andreas Kaernbach, der Kurator der Kunstsammlung des Bundestages. „Das gilt für sein expressionistisches Frühwerk genauso wie für sein Oeuvre aus der Nachkriegszeit.“ Leicht fällt diese Aufgabe nicht, denn viele seiner frühen Arbeiten sind durch Krieg und Verfolgung im Dritten Reich verloren oder zerstreut.

Zweimal steht Kallmann im Blick der Kunstszene: In den 30er-Jahren verkehrt er mit Künstlern wie Max Slevogt, Emil Nolde, Käthe Kollwitz oder Max Liebermann. Kallmann erschafft vor allem Serien von Landschaftszeichnungen, die sich mit dem abgründigen Mysterium der Natur beschäftigen. Die Nationalsozialisten machen seiner Karriere ein Ende. Auch Kallmanns Werk diffamieren sie in der Ausstellung „Entartete Kunst“.

Der Künstler flieht und kehrt erst 1952 nach Deutschland zurück. Er malt weiterhin gegenständlich – und damit gegen den Trend des Kulturbetriebs. Dennoch macht sich Kallmann erneut einen Namen als einfühlsamer Porträtist bedeutender Zeitgenossen – darunter Theodor Heuss, Bertolt Brecht, Papst Johannes XXIII., Konrad Adenauer oder Carl Orff. Mit seinen Bildern erschafft er eine Galerie der politischen und intellektuellen Elite der jungen Bundesrepublik.

Seine Porträts stehen im Mittelpunkt der Ausstellung, allen voran die Bilder der Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier und Annemarie Renger. Sie stammen aus der Kunstsammlung des Bundestages, die unter anderem Arbeiten von deutschen Expressionisten, internationalen Künstlern und zahlreiche zeitgenössische Fotoarbeiten vereint. Kallmann wurde mehrfach ausgezeichnet, darunter 1990 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz.

Dass Kallmanns gegenständliche Malerei mehr als nur ein Abbild ist, zeigt ein Brief Annemarie Rengers an den Maler, der ihr Porträt offenbar nach einem Foto schuf. Im Herbst 1988 schrieb sie: „Ich habe eine Reihe von Zuschriften erhalten, die meinten, das Foto und das Gemälde stimmten nicht überein. Nun, das sollte es ja wohl auch nicht. Ich finde jedenfalls, dass sich in dem Bild mein Image widerspiegelt und Sie mein Wesen erfasst haben.“ Wesenszüge lassen sich auch in den Porträts des Künstlers als alter Mann suchen: Fünf Selbstbildnisse aus den Jahren 1965 bis 1989 sind in der Ausstellung ebenfalls zu sehen. Mit strengem Blick folgt er jedem, der den Kunst-Raum verlässt und an das Spreuefer tritt.

Georgia Rauer ■

„Von Bäumen und Menschen“ Ausstellung von Werken des Malers Hans Jürgen Kallmann (1908 bis 1991)
Ort: Kunst-Raum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus;
Zugang ist von der Spreepromenade (Schiffbauerdamm) aus ohne Formalitäten möglich
Öffnungszeiten: bis zum 28. September 2008 täglich außer Montag von 11 bis 17 Uhr
Der Eintritt ist frei.



www.kunst-im-bundestag.de

Das Infomobil des Bundestages

Republik auf Rädern

Geron Tannewitz bringt den Deutschen Bundestag überall hin. So kommt man rum, sagt er, und lernt Leute kennen.

An diesem Morgen brennt die Sonne heiß auf das etwas fußballmüde Wittlich. Die kleine Stadt, nahe Bitburg in der Eifel gelegen, war in der Nacht laut. Nun ist es still. Deutschland hat das erste Spiel bei der Fußball-EM gewonnen.

Geron Tannewitz sitzt früh am Morgen in einem kleinen Hotel am Marktplatz beim Frühstück. Fußball hin oder her, er muss zeitig raus, um das Infomobil des Deutschen Bundestages zu einer gastlichen Einrichtung umzubauen, so dass es ab neun Uhr aussieht wie ein großes „Herzlich Willkommen“ für all die Neugierigen und Fragelustigen der Stadt.

Geron Tannewitz, Jahrgang 1955, ein ruhiger Mann, mit zwei rechten Händen gesegnet, technischem Verstand und handwerklichem Geschick, gehört seit acht Jahren zum Team des mobilen Bundestages. Er fährt den Truck, baut auf, baut ab und kümmert sich sozusagen um die Details, damit die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit ihre Arbeit gut machen können. Die Firma, bei der Geron Tannewitz angestellt ist, hat sich darauf spezialisiert, „Showtrucks“ jeder Art und

für viele Zwecke zu liefern und zu fahren. Der für den Deutschen Bundestag hat die Größe M. Sieht aber aus wie XXL.

Auf dem Parkplatz in Wittlich wirkt der mobile Bundestag wie ein weißer Monolith. 16,50 Meter lang, vier Meter hoch und 2,50 Meter breit – unmöglich, den zu übersehen. Man fragt sich, wie der Fahrer es geschafft hat, ihn da zu platzieren – die Wittlicher Straßen sind keine Magistralen. Geron Tannewitz erzählt später, dass es in den ganzen Jahren nur einmal wirklich eng geworden ist. „Das war in Solingen, und der liebe Gott ließ es regnen wie verrückt.“

Passende Straßen und einen Standort für das schicke Ungetüm zu finden, ist Aufgabe des Scouts, der vorher alles klären muss, was zu regeln ist, bevor sich so ein fahrbarer Bundestag auf den Weg macht. Es braucht Genehmigungen von der Stadt, Strom muss da sein, und die Leute am Ort sollten Bescheid wissen. Dafür geht der Scout in die Schulen, kündigt das Kommen an, und oft ist es dann so, dass sich ganze Schulklassen für einen Besuch anmelden. In diesen Tagen fällt die Aufgabe Michael Kresin zu, freier Mitarbeiter beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages. Gemeinsam mit Adil Al-Jubouri und Anna Pulcher stellt er das Infoteam, dem es obliegt, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu erzählen, was der Deutsche Bundestag ist, wie Abgeordnete arbeiten, wie Gesetze gemacht werden, wie Demokratie funktioniert.

Aber bevor das getan werden kann, ist Geron Tannewitz der Mann der Stunde. Er baut die überdachte Bühne am Truck auf, während die anderen drinnen Stühle aufstellen, Infomaterial auspacken, Luftballons und Gummibärchen suchen und finden, die Bildschirme für die Präsentationen testen. Geron Tannewitz legt die eisernen Treppen an die Bühne und montiert die Auffahrt für behinderte Gäste. Auf dem Parkplatz finden sich erste Neugierige ein. Michael Kresin bringt die Bistrotische raus für alle, die in der Sonne reden und lesen wollen, und legt eine große Fußmatte vor die eiserne Treppe. Ein Ehepaar bleibt vor dem Truck stehen. „Wir können anfangen“, sagt der Mann und lacht, „ich bin da.“

Geron Tannewitz steigt an der Frontseite des Trucks eine Leiter hoch und dem Deutschen Bundestag aufs Dach. Er klappt Sichtblenden hoch. Auf der ersten steht „Bundestag“ und auf der zweiten „Der Deutsche“. Wenn man es von unten anschaut, stimmt die Reihenfolge aber. Geron Tannewitz läuft der Schweiß. In ein paar Minuten kommt die erste Schulklasse. Alles kein Problem, aber schnell muss es schon gehen.

Wenn man in zwei Wahlperioden mit dem fahrenden Bundestag durch alle 299 Wahlkreise des Landes tourt, ist zwar kein Tag wie der andere, aber Routine, die gibt es schon. Vor allem eben beim Auf- und Abbau. Manche Jungs, die mit ihren Schulklassen kommen, sehen aus, als würden sie den Truck gern mal genauer

Wo hält das Infomobil?

Die nächsten Stationen unter:

www.bundestag.de/interakt/bundestagunterwegs





IE

BUIND



Foto: DBT/studio kohlmeier

beschauen, so aus technischer Sicht. Das kann Geron Tannewitz verstehen. Die Zugmaschine kann mit einigen Parametern aufwarten, die beeindruckend sind. 440 PS sind ja nicht wenig. Und heutzutage verfügt so ein Gefährt über sehr intelligente Lösungen für Sicherheit und Komfort: Reifenwächter, Zentralschmierung, Spurassistent, Abstandswarner, acht Gänge. „Halbiert 16“, sagt Geron Tannewitz, und man wagt gar nicht zu fragen, was damit gemeint ist. „Kommt man besser bergauf“, schiebt der Mann hinterher und lächelt.

Der gelernte Eisenbahnbautechniker und gestandene Berufskraftfahrer kommt aus Kamenz in Sachsen und lebt heute in

Bielefeld. Im Winter, wenn der Bundestagstruck nicht fährt, ist Geron Tannewitz oft mit einem Weihnachtstruck unterwegs, einem dieser Teile, die immer aussehen, als transportierten sie den Weihnachtsmann samt Rentierschlitten. Jetzt aber ist Sommer, und übermorgen geht es von Wittlich nach Bad Neuenahr. Ab Juli dann beginnt die alljährliche Ferientour. Start in Baden-Baden, Ziel in Dresden. Zwischen Aufbau und Abbau hat Geron Tannewitz oft Zeit sich anzuhören wie die Diskussionen mit den Besucherinnen und Besuchern des Infomobils laufen. „Hängt davon ab, was gerade so los ist. Manchmal geht es da ganz schön hoch her bei den Diskussionen.“

Geron Tannewitz ist gern unterwegs, und er liebt diesen Job. Mit dem Bundestagsmobil unterwegs zu sein, ist – cool, würden die Schülerinnen und Schüler wahrscheinlich sagen. Von denen kommen heute einige und gehen nach einer Stunde klüger nach Hause. Am Nachmittag wird die Abgeordnete Ulrike Höfken von Bündnis 90/Die Grünen erwartet. „Mein Opa ist eh nur für die CDU“, sagt ein Mädchen, das vor dem Aufsteller steht, der die Politikerin ankündigt. „Da kann man nichts machen“, schiebt es hinterher, nimmt sich eine blaue Bundestagstasche und entschwindet wieder.

Um zehn an diesem Morgen, nachdem Geron Tannewitz auch noch einen defekten Bildschirm zum Laufen bringen konnte, hat die erste Schulklasse schon ihre Fortbildung in Sachen Demokratie hinter sich. Geron Tannewitz geht sich umziehen. Bis der Infotruck heute Abend schließt, wird kaum noch körperlich schwere Arbeit nötig sein. Aber: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.

In der Innenstadt werten indessen kleine Grüppchen den gestrigen Sieg bei der Fußball-EM noch einmal aus. Ganz Mutige reden davon, dass man den Titel holen könne. Bekanntlich ist diese Geschichte dann etwas anders ausgegangen. Jetzt haben die Wittlicher zwei Jahre Ruhe vom Fußball. Mindestens.

Kathrin Gerlof ■

Foto: DBT/studio kohlmeier



Anpacken und aufbauen, bevor die ersten Gäste zum Infomobil kommen: Geron Tannewitz in Wittlich

Wer hat's gesagt?

fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Dieser Satz in einem Zeitungsinterview löste 1993 auf einem Parteitag einen Eklat aus. Der Mann, der mit dieser Formulierung ein Tabu der Partei gebrochen hatte, erinnerte sich später, er sei dafür „von der Bühne gebuht und gepiffen“ worden.

Der heftige innerparteiliche Streit hatte sich an den Kriegen entzündet, die Anfang der 90er-Jahre den Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien begleiteten. Die blutigste Auseinandersetzung lieferten sich die in Bosnien lebenden Volksstämme. Als immer deutlicher wurde, dass die sogenannten „ethnischen Säuberungen“ Vertreibung, Vergewaltigung und Massenmord bedeuteten, wurde im Westen die Forderung nach militärischem Eingreifen immer lauter.

Ihnen schloss sich auch der 1941 in Rosstock geborene Physiker an, der bei der ersten gesamtdeutschen Wahl im Dezember 1990 in den Bundestag gekommen war. Für den politischen Querkopf war die Außenseiterrolle nicht neu. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch den Warschauer Pakt 1968 war er in offene Opposition zu den Machthabern in der DDR gegangen. 1976 protestierte er in einem Brief an Staats- und Parteichef Erich Honecker gegen die Ausbürgerung seines Freundes Wolf Biermann. Die Antwort des Regimes: Die Akademie der Wissenschaften in Berlin nahm ihre Beschäftigungszusage an ihn zurück. Der diplomierte Naturwissenschaftler musste daraufhin jahrelang seinen Lebensunterhalt als Maschinist im Keller einer Berliner Schwimmhalle verdienen.

Er ließ sich jedoch nicht einschüchtern. Zusammen mit seiner Frau organisierte er Treffen unabhängiger Künstler und

pflegte Kontakte zur tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“. An deren Zielen orientierte sich die von ihnen 1985 mitgegründete „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Der Bürgerrechtler gehörte zu den am besten überwachten Oppositionellen des Landes – insgesamt 44 inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit bespitzelten ihn über Jahre hinweg. Er galt als einer der geistigen Väter der friedlichen Revolution im Herbst 1989, wirkte am zentralen runden Tisch mit und wurde im Februar 1990 als Minister ohne Geschäftsbereich in die von Hans Modrow geführte Übergangsregierung berufen.

Beharrlichkeit führte ihn auch später zum Ziel. Schon eineinhalb Jahre nach dem Parteitagseklat wurde er zum außenpolitischen Sprecher seiner Fraktion gewählt. Eine „besonders originelle biografische Wendung“ erlebte er 1999 als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung: Da bezog er in Berlin ein

Büro in dem Gebäude, in dem vorher das Zentralkomitee der SED zu Hause war.

Klaus Lantermann ■

„Es gibt eine Pflicht der Einmischung, wenn es, wie im Falle Bosniens, zum Völkermord kommt.“

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: BLICKPUNKT BUNDESTAG, c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (0 30) 6 50 00-1 92, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com.

Einsendeschluss: 29. August 2008.

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost.

Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 01-2008 lautet: Annemarie Renger.

Eine Reise nach Berlin hat Harry Drews aus Wilhelmshaven gewonnen.



Foto: Picture-Alliance/epa Franck Robichon

Japan: Kokkai

Ausgesprochen familiär

Die politische Laufbahn von Japans Regierungschef Yasuo Fukuda begann 1990 mit seiner ersten Wahl ins Unterhaus. Er hatte sich überreden lassen, seine erfolgreiche Tätigkeit in der Wirtschaft aufzugeben und in die Fußstapfen seines Vaters Takeo Fukuda zu treten, der sich aus der Politik zurückziehen wollte. Fukuda junior wurde auf Anhieb gewählt, „beerbte“ also seinen Vater als Abgeordneten. Papa Fukuda saß seit 1952 im Unterhaus, war mehrfach Minister und schließlich Ministerpräsident (1976 bis 1978). Er war übrigens der erste Regierungschef, der aus der Provinz Gumma nordwestlich von Tokyo stammte. Sein Sohn, der jetzige Amtsinhaber, ist nun schon der vierte! Erstaunlich in so kurzer Zeit, wenn man bedenkt, dass Japan aus 46 Provinzen besteht.

Zwei der Gumma-Premiers kamen sogar aus demselben Wahlkreis, Fukuda senior und Yasuhiro Nakasone, Regierungschef von 1982 bis 1987. Auch die beiden anderen, Keizo Obuchi (1998 bis 2000) und Fukuda junior, vertraten zuerst

den alten Wahlkreis Gumma 3. Damals gab es nur Wahlkreise mit mehreren Mandaten. Erst die Wahlrechtsreform von 1994 führte Einzelwahlkreise und eine Zweitstimme für regionale Parteilisten ein. Anders als in Deutschland hat das Abschneiden der Parteien bei den Zweitstimmen aber keinen Einfluss auf die Anzahl und Verteilung der Direktmandate. Bei den letzten Wahlen 2005 waren 480 Mandate zu vergeben, davon 300 in Einzelwahlkreisen und 180 über regionale Parteilisten. Yasuo Fukuda vertrat längst exklusiv seinen jetzigen Wahlkreis Gumma 4, als das Unterhaus ihn im September 2007 zum Ministerpräsidenten wählte. Und Keizo Obuchi war der Abgeordnete von Gumma 5, als er im Mai 2000 an den Folgen eines Schlaganfalls starb. Obuchis Tochter Yuko, 26 Jahre alt und politisch bis dahin überhaupt nicht hervorgetreten, kandidierte bei den Wahlen im Juni 2000 – und gewann souverän. Kürzlich wurde gemeldet, Yuko habe einen Sohn geboren. Ob der wohl eines Tages als Obuchi der dritten Generation ins Unterhaus einzieht?

So wie es schon Japans vorletzter Regierungschef Junichiro Koizumi vorgemacht hat, in der Hafenstadt Yokosuka, deren Wahlkreis erstmals von seinem Großvater und späteren Postminister erobert worden war und von Koizumis Vater, Staatsminister für Verteidigung, als „Familienerbe“ weitergeführt wurde. Fukudas Regierung besteht zur Hälfte aus „erblichen“ Abgeordneten zumindest der zweiten Generation. Das gilt auch für 32 der 242 Oberhausabgeordneten und für 146 der 480 Mitglieder des Unterhauses, darunter auch „Erbsünden“ aus dem Oppositionslager. Japans Parlament ist zweifellos ein ziemlicher Familienklügel.

Gebhard Hielscher, Tokyo ■

Kokkai heißt das aus Oberhaus und Unterhaus bestehende japanische Parlament.



www.shugiin.go.jp
www.sangiin.go.jp



Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Trennen Sie einfach eine der Abopostkarten ab, tragen Sie Ihre Daten ein und senden Sie die Karte an unsere Abonnentenbetreuung!

Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG
Aschmattstraße 8
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Chefredaktion: Britta Hanke-Giesers
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

Redaktion: Helmut Spörl (Leiter),
Klemens Vogel, Birgit Lettenbauer
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold, Sylvia Bohn
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Sylvia Müller
Produktion: René Hanhardt
Onlineproduktion: Sebastian Kreideweiß
Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb
Cornelia Hesse
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Einzelverkaufspreis: 2 Euro
Redaktionsschluss: 4. August 2008

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG
gibt es auch im Internet:
www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

Anschrift für die Post unserer Leser:
BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2008
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist grundsätzlich unzulässig.